Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford. für Stadt und Land Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 83

Die Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4jährl. 1.80 M., bei Postbezug 1.50 M. u. Bestellgeld. Ausgabe B, mit „Leben im Bild", 30 Pf. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford, Oeynhausen u. Amt Rehme 15 Pf., sonst 18 Pf.

Regelmäßige unentgeltliche Beilagen: *Herforder Erzähler* (täglich), *Am Pflug* (monatlich zweimal), *Haus und Hof* (monatlich zweimal), *Fabrik und Handwerk* (monatlich einmal), *Für Jäger und Naturfreunde* (monatlich einmal), *Mode für Alle* (monatlich zweimal).

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 111 — **Herford, Freitag, den 12. Mai** — **1916**

Die geheimnisvollen Pläne der deutschen Heeresverwaltung.

TU. **Mailand**, 12. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Seccolo" kabelt einen langen Leitartikel über die Absichten des Feindes, der erkennen läßt, daß die französische Heeresleitung vollständig im Dunkeln über die Pläne der deutschen Heeresleitung ist. In Anbetracht dessen, daß der Korrespondent des „Seccolo" bekanntlich der Vertrauensmann des Pariser Generalstabes ist, ist dieses Eingeständnis von höchstem Interesse. Seine Abwägungen, ob die Angriffe bei Verdun nur ein Ablenkungsmanöver, oder ob die Vorstöße Entlastungsaktionen an anderen Punkten bilden, sind vielleicht als Fühler aufzufassen, um Seitens der deutschen Zeitungen Antworten zu provozieren, die vielleicht den Franzosen Schlüsse erlauben können. Jedenfalls ist sein Zugeständnis hoch wichtig, daß die Franzosen keine Offensive beginnen können, ehe nicht die Verdun-Schlacht zur Entscheidung gekommen, und daß bis zu dem Zeitpunkt, wo die Anstrengungen der französischen Industrie von Erfolg gekrönt werden, die Franzosen durch das Uebergewicht der deutschen schweren Artillerie gezwungen sind, bei Verdun in der Defensive zu bleiben.

Amerikanischer Friedensfühler?

Newyork, 11. Mai. Funkspruch vom Vertreter des W. T.-B. Die Gründe dafür, daß Wilson auf die deutsche Antwortnote erwidert hat, werden in einer Washingtoner Meldung in der „Evening Post" wie folgt angegeben: Die amerikanische Regierung konnte die deutsche Note nicht unbeantwortet hingehen lassen, denn das würde nach den diplomatischen Gepflogenheiten gleichbedeutend mit ihrer uneingeschränkten Annahme gewesen sein. In diesem Falle hätten die Vereinigten Staaten auch nicht wegen der Blockade an England herantreten können, ohne den Eindruck zu erwecken, daß sie unter dem Drucke Deutschlands handelten. Die amerikanische Note mußte darauf hinweisen, daß die Vereinigten Staaten keinen Wink von der deutschen Regierung über ihre Streitigkeiten mit England annehmen können, sondern volle Freiheit des Handelns bewahren mußten. Es ist immerhin möglich, daß der Friedensfühler, der in der letzten deutschen Note enthalten ist, einige Aufmerksamkeit beim Präsidenten Wilson finden wird, aber in einer besonderen Mitteilung. Niemand hier will die streitigen Fragen, die sich sicherlich bei den Erörterungen des europäischen Friedens ergeben mit den unstreitigen Rechten der Vereinigten Staaten in der Frage der Unterseebootskriegsführung vermengen lassen. Es ist nicht sicher, daß Wilson seine Vermittlungsversuche wieder aufnehmen wird, aber etwas, das hierauf hinausläuft wird ernstlich erwogen. Es wird vielleicht keine sofortigen Ergebnisse zeitigen, aber es wird wenigstens die Bereitwilligkeit der Vereingten Staaten dartun, bei der Herbeiführung eines baldigen Friedens nützlich zu sein.

Die Hearst-Zeitungen bringen unter der Ueberschrift „Wilsons herrliche Gelegenheit" einen Leitartikel, in dem festgestellt wird, daß durch Annahme der deutschen Antwort der Weg für eine ehrenvolle und erfolgreiche Vermittelung zwischen den kriegführenden Mächten sich vor Wilson auftut. Wir sind gewiß, daß die ganze Gemeinschaft des amerikanischen Volkes bereit ist und den Wunsch hat, daß unsere Regierung, wenigstens einen ehrlichen und ehrenvollen Versuch macht, den Krieg zu beenden, ehe er die Kraft unserer Brüdervölker jenseits des Ozeans aufgesogen und zerstört hat.

England und Japan.

hf. **Wien**, 11. Mai. Wie aus Stockholm gemeldet wird, haben sich die Beziehungen zwischen Japan und England in letzer Zeit aus vorläufig noch unaufgeklärten Gründen zugespitzt. Die Bewegung im Sinne einer gründlichen Revision des mit England bestehenden Vertrages wird in Tokio sehr intensiv. Insbesondere verlangen die einflußreichen Tokioter Kreise die sofortige Ueberführung aller japanischen Goldreserven aus London nach Japan.

hf. **Basel**, 11. Mai. Die „Basler Nachrichten" melden aus Petersburg: Nach einem Telegramm des „Rußkoje Slowo" aus Schanghai haben zwischen England und Japan Verhandlungen begonnen, die die militärischen Operationen in Asien und Afrika betreffen.

Die deutsche Note über den „Sussex"-Fall.

hf. **Rotterdam**, 11. Mai. Reuter meldet aus Washington: Die deutsche Note über den „Sussex"-Fall erklärt, daß der Kommandant des Unterseebootes bei der Torpedierung des Schiffes im guten Glauben und in der Ueberzeugung, ein Kriegsschiff vor sich zu haben, gehandelt hat, daß er sich aber sein Urteil übereilt gebildet und damit gegen die Instruktionen der deutschen Regierung verstoßen hat. Die deutsche Regierung gibt deshalb offen zu, daß in diesem Falle die den Vereinigten Staaten gegebenen Zusicherungen nicht eingehalten wurden. Sie teilt mit, daß der Kommandant des Unterseebootes entsprechend in Strafe genommen ist und bietet Schmerzensgeld für die verwundeten Amerikaner.

Gelockerte Disziplin im russischen Heere.

Wien, 11. Mai. Die bulgarischen Blätter veröffentlichen einen Erlaß des russischen Kriegsministers, Generals Schuwajew, in dem es u. a. heißt: „In letzter Zeit haben die Fälle von Unbotmäßigkeiten in der Armee in bedrohlichem Maße zugenommen. Die Unteroffizere haben keine Autorität, und die Soldaten machen sich oft ganz ungeniert über ihre Vorgesetzten lustig. Im abgelaufenen Monat beschäftigten sich die Militärbehörden mit 7300 Fällen, in denen sich Soldaten an ihren Vorgesetzten tätlich vergriffen haben. Ein Offizier, der Generalsrang bekleidet, wurde erstochen. Eine größere Lockerung der Disziplin wird die russische Armee unfähig machen zu siegen." Schließlich ordnet der Erlaß des Kriegsministers an, daß für militärische Vergehen der erwähnten Art die gesetzlich vorgesehenen Strafen verdoppelt und verdreifacht werden.

Schweden und die Alandfrage.

Stockholm, 11. Mai. General Rappe veröffentlicht in „Aftonbladet" weitere Aeußerungen zur Alandfrage. Er betont, daß ein freies Aland bei den gegenwärtigen eigenen Hilfsquellen Schwedens ein Existenzminimum sei, und daß es im schwedischen Interesse liege, daß der Statusquo in Aland während des Krieges aufrecht erhalten wird. Dies sei schwedisches, nicht deutsches Interesse. Zögern könne Schweden dazu zwingen, Deutschland um Hilfe anzurufen, wodurch sich Schweden Deutschlands Willen unterwerfen würde. Schweden dürfe aber von keinem anderen als von sich selbst abhängig sein. Nicht zulässig sei es, die Angelegenheit auf die Zukunft zu verschieben. Denn über die Zukunft werde jetzt entschieden. Schweden könne wegen seiner Selbstbestimmungsfähigkeit und militärischen Operationsfreiheit in diesem Kriege, der über sein Schicksal und das der Hauptmächte entscheide, nicht auf bloße Versicherungen bauen. Es gebe etwas, über das man keine Kompromisse schließen könne, das Leben selbst.

Holländische Deserteure.

Amsterdam, 11. Mai. Ein hiesiges Blatt meldet aus Weltevroden, daß auf den dort liegenden Schiffen der holländischen Kriegsmarine große Desertionen vorgekommen sind. In Weltevroden weigern sich etwa 3000 Deserteure, auf die Schiffe zurückzukehren.

Revolution in Lissabon.

w **Budapest**, 12. Mai. „Ast Est" veröffentlicht ein Telegramm aus Granada, wonach in Lissabon ein Aufstand ausgebrochen sei und das Arsenal in Flammen stehen soll. Ein Teil der Truppen beteiligte sich an der Revolte.

Ein Kriegsgegner in Italien freigesprochen.

hb. **Berlin**, 12. Mai. Das „Tageblatt" berichtet aus Lugano: Der Major Formenio der sich bei Kriegsausbruch heftig gegen den Krieg aussprach und es für eine Ehrenpflicht Italiens erklärt hatte, an der Seite seiner Verbündeten zu stehen, stand vor dem Schwurgericht in Florenz. Erschwerend für ihn fiel ins Gewicht, daß der Major der Gatte einer deutschen Frau ist. Trotzdem geschah das Wunderbare, daß das Schwurgericht den Major freisprach.

Die „Voss. Ztg." meldet aus Lugano: Die für Ende Mai geplante Reise Salandras oder Sonninos nach London, deren Zweck es ist, Asquiths römischen Besuch zu erwidern, ist infolge des irischen Aufstandes verschoben worden.

Die Daumenschrauben für Griechenland.

Kopenhagen, 11. Mai. Folgende Mitteilung des Pressebureaus wird von Petersburger Blättern vom 5. Mai gebracht: Die griechische Regierung hat bisher der Durchfuhr der serbischen Truppen durch Griechenland ihre Zustimmung nicht erteilt. Die griechische Regierung begründet ihre Weigerung mit der Befürchtung vor Einschleppung von Seuchen und damit, daß der Transport der Truppen auf der schmalspurigen Eisenbahn Patras-Larissa allzuviel Zeit beanspruchen würde. Es ist jedoch klar, daß der Hauptgrund die Furcht der griechischen Regierung vor Deutschland ist. Die Alliierten haben beschlossen Griechenland zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen. Die energische Haltung der Alliierten in dieser Frage entspricht dem Wunsche, die Pläne Griechenlands endgiltig klarzulegen. Die Gesandten der Alliierten haben Weisung erhalten, im Einverständnis mit dem Stabe der Truppen der Alliierten in Griechenland vorzugehen.

Generalkonsul Walters Gefangenschaft.

Bern, 11. Mai. Der deutsche Generalkonsul Walter aus Saloniki, der, wie gemeldet, nach mehr als viermonatlicher Gefangenschaft am Sonnabend in Toulon entlassen wurde, passierte heute Bern, von wo er morgen nach Berlin weiter fährt. Der Generalkonsul, an dessen Gesundheit die Gefangenschaft nicht spurlos vorübergegangen ist, sprach sich mir gegenüber über die Einzelheiten seiner Gefangenschaft aus. Die Vorgänge bei seiner Verhaftung sind ja bekannt, zumal seine Gattin schon vor längerer Zeit Frankreich verlassen durfte. Die Behandlung in Frankreich selbst war im allgemeinen höflich, man litt nur unter der bekannten allgemeinen Desorganisation. Sämtliche Konsuln der Mittelmächte waren nach Toulon geschafft worden. Anstatt sie aber dort auf dem festen Lande entsprechend unterzubringen, wurden sie von einem Schiff aufs andere gebracht, lagen dort im Arsenal, gelegentlich sogar auf einem Schiff im Dock und haben mit der Zeit auf sechs Schiffen gewohnt. Bei einer Ueberfiedelung stellte sich heraus, daß der Kapitän des neuen Schiffes durchaus nicht wußte, wer die Gefangenen waren und erst nach längeren Rückfragen bei den Behörden erfuhr er dann, daß die Gefangenen mit besonderer Rücksicht zu behandeln seien. Wie zu erwarten war, hat man den deutschen Generalkonsul am längsten in der Gefangenschaft zurückbehalten. Zuerst entließ man die türkischen Herren, dann die Bulgaren und Oesterreicher und schließlich Frau und Kinder des Generalkonsuls Walter. Da aber im Hafen ein Schiff nicht mehr zur Verfügung war, wurde er selbst nun mit seinen Sekretären und Kawassen auf das Fort Farron gebracht, wo sie kasematten bezogen. Der Aufenthalt war durch das abnorm schlechte Wetter sehr gesundheitsschädlich, und erst allmählich bekamen sie Decken, die als Teppiche auf den Steinfußboden gebreitet wurden. Ein kriegsgefangener Münchener Metzger leistete ihnen Dienste als Koch. Vom 9. März bis zum 6. Mai blieb Generalkonsul Walter auf dem Fort. Am Freitag erschien plötzlich ein Wachtmeister, der erklärte, daß Walter am nächsten Tag abreisen dürfe. Der Transport geschah durch einen französischen Polizeibeamten, der die Herren nach Genf begleitete. An der Grenze wurde Walter noch einmal einer körperlichen Untersuchung auf Gold unterzogen, obwohl er zuvor bereits das wenige Gold, das er noch von Griechenland her bei sich hatte, auf Verlangen abgeliefert hatte.

Kabinettswechsel in Rußland?

TU. **Wien**, 11. Mai. Wie die „Wiener Allg. Ztg." aus Sofia drahtet, kommen aus Petersburg Nachrichten, wonach eine Ministerkrisis jeden Augenblick ausbrechen könne. Allgemein heißt es, daß das gegenwärtige Ministerium durch ein Kabinett Miljukow abgelöst werden wird.

Bericht des Hauptquartiers.

WTB. **Großes Hauptquartier**, 11. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deutsche Flugzeuge belegten Dünkirchen und die Bahnanlagen bei Adinkerke mit Bomben.

Auf dem westlichen Maasufer griffen die Franzosen nachmittags beim „Toten Mann", abends südöstlich Höhe 304 unsere Stellungen an. Beide Male brachen ihre Angriffe im Maschinengewehr- und Sperrfeuer der Artillerie unter beträchtlichen Verlusten für den Feind zusammen.

Eine bayerische Patrouille nahm im Camardwald 54 Franzosen gefangen.

Die Zahl der bei den Kämpfen seit dem 4. Mai um Höhe 304 gemachten unverwundeten gefangenen Franzosen ist auf 53 Offiziere, 1515 Mann gestiegen.

Auf dem östlichen Maasufer fanden in der Gegend des Caillettewaldes während der ganzen Nacht Handgranatenkämpfe statt, ein französischer Angriff in diesem Walde wurde abgeschlagen.

*

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Bahnhofes Selburg wurden 500 Meter der feindlichen Stellung erstürmt. Hierbei fielen 309 unverwundete Gefangene in unsere Hand. Einige Maschinengewehre und Minenwerfer wurden erbeutet.

*

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der Wiener Bericht.

Wien, 11. Mai. Amtlich wird gemeldet:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

*

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die erhöhte Artillerietätigkeit hielt an den meisten Stellen der Front auch gestern an; besonders lebhaft war sie im Dolomiten-Abschnitt zwischen Peutelstein und Buchenstein. — Ein italienischer Flieger warf vormittags zwei Bomben auf den Markt und den Domplatz von Görz ab. Hierdurch wurden zwei Zivilpersonen getötet, 33 verwundet.

Der stellvertretende Chef des Generalstabes: v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der französische Bericht.

Paris, 11. Mai. Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. Zwischen Oise und Aisne scheiterte ein Handstreich gegen einen unserer Schützengräben südlich von Moulin-sous-Touvent vollständig. In der Umgegend von Verdun hat das Geschützfeuer westlich von der Maas merklich nachgelassen. Oestlich von der Maas und in der Woevre-Ebene Geschützfeuer mit Unterbrechungen. Aus der Nacht meldet man Scharmützel mit Handgranaten im Gehölze von Avocourt und in der Gegend südlich von der Feste Douaumont. Im Oberelsaß wurde eine feindliche Erkundungsabteilung, welche einen unserer kleinen Posten bei Hirzbach, südlich von Altkirch, aufzuheben versuchte, mit Verlust abgewiesen.

Amtlicher Bericht von Mittwoch abend. Auf dem linken Ufer der Maas richteten die Deutschen nach heftiger Beschießung einen starken Angriff auf unsere Stellungen an den Zugängen zum Hügel 287. Dieser Angriff wurde vollständig zurückgeschlagen. Einige Gefangene blieben in unseren Händen. Eine kleine Offensivunternehmung unserer Truppen gegen die Abhänge westlich des „Toten Mannes" erlaubte uns, einige Teile eines deutschen Grabens zu besetzen. Wir machten 62 Gefangene und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Auf der übrigen Front war der Tag verhältnismäßig ruhig.

Der englische Bericht.

London, 11. Mai. Amtlicher Bericht von Mittwoch. Minentätigkeit bei Fricourt, Souchez, Hulluch, Cuinchy, doch ist die Lage unverändert. Beiderseitige Artillerietätigkeit bei Mariacourt, Souchez, Pioptin (?) und St. Eloi. Unsere Artillerie beschoß die feindlichen Stellungen bei Boiselle südlich von Messines.

Der russische Bericht.

Petersburg, 11. Mai. Amtlicher Bericht vom 10. Mai. Nördlich des Fleckens Smorgon wurden deutsche Gruppen, die sich nach Artillerie und Infanterie-Feuervorbereitung gegen das Dorf Utroplanka (6 Km. nordöstlich Smorgon) vor unseren Hindernissen zu sammeln begannen, durch unser Artillerie- und Infanterie-Sperrfeuer gezwungen wieder zurückzugehen. Im Laufe der Nacht zum 8. Mai brachten die Deutschen südlich des Fleckens Krewo bei dem Dorfe Nowosjolki eine Mine zum Auffliegen. Um sich des Trichters zu bemächtigen, griffen sie an, wir schlugen jedoch den deutschen Angriff zurück und besetzten den Trichter. Südöstlich von Pinsk beschoß die feindliche Artillerie heftig den Stellungsabschnitt westlich des Dorfes Fleschtschize (85 Km. südöstlich von Pinsk). Bei Czartorysk zwang das Feuer unserer Abwehrgeschütze einen feindlichen Flieger zur Landung, der Beobachter und der Führer wurden gefangengenommen.

Die Opfer des Irenaufstandes.

Tll. **Amsterdam**, 11. Mai. Der „Telegraaf" meldet aus London: Die Gesamtzahl der in Irland getöteten Bürger ist noch unbekannt. Es ergibt sich jedoch immer mehr, daß sie sehr groß ist. Die Verluste der Rebellen waren sehr schwer. Viele Leichen waren nicht zu erkennen und mußten begraben werden, ohne daß ihre Identität festzustellen war. So wurden auf einem Kirchhof allein 200 solcher Leichen begraben. Bei 250 Personen konnte festgestellt werden, daß sie durch Gewehrkugeln getötet waren. Eine große Anzahl Leichen wurde in den Gärten begraben.

Wien und Budapest.

Tll. **Budapest**, 11. Mai. Der Wiener Bürgermeister Dr. Weißkirchner erklärte einem Mitarbeiter des „Az Ast" gegenüber, die Stadt Wien erkenne an, daß Budapest geeignet sei, eine Umladestation für den Donauverkehr zu bilden und ein Handelshafen sei. Die günstige Lage Budapests werde sich noch verbessern, wenn die Pläne des ungarischen Ackerbauministeriums betreffs Schiffbarmachung der Donau von Orsowa bis Budapest für den Verkehr mit kleineren Seeschiffen verwirklicht seien. Andererseits sei es aber auch gerechtfertigt, wenn die Stadt Wien ihre Rechte bewahren wolle. In Wien müssen der Donau-Weichsel-Kanal und der Donau-Moldau-Elbe-Kanal in die Donau münden. Budapest und Wien sollten nicht rivalisieren, sondern zwei Zentralen der Monarchie bilden.

Landung serbischer Truppen in Griechenland.

Tll. **Athen**, 11. Mai. Aus Saloniki wird gemeldet, daß serbische Truppen bei Epanomi, südlich von Groß-Karaburnu gelandet worden sind. Nach gründlicher Reinigung und Einkleidung sollen sie nach den Dörfern Wassilika, Galatista, Sedes und anderen Orten geschafft werden, wo Baracken erbaut worden sind, die von den nach Frankreich abgegangenen Engländern geräumt wurden. An welchem Teile der Balkanfront die Serben Verwendung finden werden, ist noch nicht bekannt; es scheinen hierüber zwischen den Verbündeten und den Serben noch Meinungsverschiedenheiten zu bestehen. Gerüchtweise verlautet, daß die Verbündeten auf die Frage des Landtransportes der Serben in der Weise zurückkommen werden, daß sie den Eisenbahntransport für den serbischen Generalstab und eine kleine Streitmacht in Stärke von höchstens einem Regiment fordern werden.

Schwierigkeiten Amerikas in Mexiko.

wtb. **Amsterdam**, 11. Mai. Der Washingtoner Korrespondent der „Times" meldet: Carranza hat seine Forderung, daß die amerikanischen Truppen sofort zurückgezogen werden sollen, wiederholt. Wilson hat sich neuerdings geweigert, darauf einzugehen, und weitere 4000 Mann regulärer Truppen nach der Grenze geschickt. In amtlichen Kreisen spricht man offen von der Möglichkeit einer bewaffneten Intervention; ob das aber ernst gemeint oder nur darauf berechnet ist, auf Carranza Eindruck zu machen, läßt sich schwer sagen. Die Lage hat sich infolge eines blutigen Ueberfalls im mexikanischen Grenzgebiet, der wahrscheinlich von Carranzisten und nicht von Anhängern Villas unternommen wurde, verschlechtert. Man fühlt sich sehr beunruhigt, da die Möglichkeit besteht, daß die amerikanische Truppe von einer Uebermacht angegriffen werde. Inzwischen sind die Vereinigten Staaten tatsächlich von regulären Truppen entblößt und wenn die Schwierigkeiten in Mexiko zunehmen, würde man auch die Truppen der zweiten Linie aufbieten müssen.

Deutscher Reichstag.

Im Reichstag kam am Donnerstag vor vollbesetztem Hause zunächst der Fall Liebknecht zur Verhandlung. Der Berichterstatter Abg. Dr. Payer (Fortschr. Vp.) gab unter großer Aufmerksamkeit des Hauses eine eingehende Darstllung der Gründe, die in diesem besonderen Falle den Geschäftsordnungsausschuß veranlaßt hätten, von der bisherigen Uebung abzuweichen und den Anträgen auf Einstellung des Verfahrens zu widersprechen. Die Mehrheit habe Liebknechts Verfehlungen für so groß gehalten, daß kein Anlaß vorliege, der Gerechtigkeit in den Arm zu fallen, zumal Liebknecht es für seine Pflicht erklärt habe, auch weiterhin seine Anschauungen rücksichtslos zu vertreten. Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Einstellung des Verfahrens wurden von den Abgg. Landsberg (Soz.) und Haase (Soz. Arbeitsg.) begründet. Während Landsberg weit von Liebknecht abrückte und es für zweckmäßig erklärte, daß der Reichstag durch den Beschluß auf Einstellung des Verfahrens die Bedeutungslosigkeit des grotesken Auftretens dieses Mannes betone, nahm Haase Liebknecht gegen den Vorwurf des Landesverrats in Schutz. Auch der Pole Dr. Laszewski erklärte sich für seine Freunde gegen den Ausschußantrag, betonte aber dabei, daß diese Stellungnahme nicht aus Liebe zu Dr. Liebknecht, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen erfolge. Bei der Abstimmung, die auf Antrag Haase namentlich war, wurde der Kommissionsantrag mit 229 gegen 111 Stimmen bei 2 Stimmenenthaltungen der Elsaß-Lothringer Thumann und Leveque angenommen.

Das Abstimmungsergebnis wurde von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit Pfuirufen aufgenommen. Der Präsident Dr. Kaempf rügte diese Kundgebungen und rief den Abg. Rühle (wild) wegen eines besonderen verletzenden Ausrufs zur Ordnung.

Bei der Fortsetzung der ersten Lesung der Vereinsgesetznovelle begründete zunächst der konservative Abg. Dr. Oertel die Gegnerschaft seiner Freunde gegen die Vorlage. Er verleugnete dabei nicht seine Abneigung gegen das Vereinsgesetz überhaupt. Auch Ministerialdirektor Dr. Lewald bekam von Herrn Oertel eine scharfe Rüge, weil er so bereitwillig den Wünschen auf Einbringung der neuen Vorlage entsprochen habe. Dr. Lewald fertigte den Vorredner mit gutem Humor ab, indem er darauf hinwies, daß die Partei Dr. Oertels nun einmal für das Vereinsgesetz gestimmt habe. Wenn das Vereinsgesetz auch immer etwas Liberales und konservativen Traditionen Entgegenstehendes gewesen sei, so zeige doch die Erfahrung mit dem Bunde der Landwirte, daß auch die Konservativen sich diese liberale Errungenschaft sehr geschickt zunutze gmacht hätten. Der nationalliberale Abg. Dr. Junck sprach sein Befremden aus über den Kleinmut der Rechten gegenüber dieser Novelle. Er wünschte, daß der Ausschuß den Forderungen der Staatsarbeiter weiter entgegenkommen möge. Abg. Stubbendorff (Deutsche Fraktion) war entschieden gegen jede Erweiterung der Rechte der Landarbeiter, während der Pole v. Trampczynski mit der Vorlage nicht zufrieden war, weil sie nicht auch die Aufhebung des Sprachenparagraphen enthalte. Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt.

Der Seniorenkonvent beschloß am Donnerstag, daß am Sonnabend und Montag keine Plenarsitzungen stattfinden.

Verhandlungen über eine Reichsvermögenssteuer.

bb. **Berlin**, 12. Mai. **Zu der Einführung einer Reichsvermögenssteuer erfährt das „Berl. Tagebl.", daß die Verhandlungen unter den Parteiführern im Reichstage noch nicht abgeschlossen sind, daß indessen Aussichten auf eine Einigung bestehen. Es wird sich zunächst nur um eine einmalige Steuer handeln, über deren Höhe, die etwa 1 von 1000 betragen soll, augenblicklich noch Erwägungen schweben. Es machen sich aber auch Stimmen geltend für eine Abstufung etwa mit 2 von 1000 beginnend und bis 1 von 1000 herabgehend.**

•

Die Tabaksteuer vorläufig abgelehnt.

Zigarettensteuer angenommen.

Der Steuerausschuß des Reichstags trat am Mittwoch in die Einzelberatung der Tabaksteuervorlage ein.

Ein Antrag Müller-Fulda will die Besteuerung des Tabaks ganz streichen und dafür die Zigarettensteuer bedeutend erhöhen. Es wird zunächst über Artikel 2 der Vorlage (Zigarettensteuer) beraten. Dazu liegt eine Petition vom „Bund Deutscher Tabaksgegner" vor, die das Rauchen von einer staatlichen Genehmigung abhängig machen und Frauen unter 45 Jahren das Rauchen verbieten will. Dieses Verlangen erregt die Heiterkeit des Ausschusses. Die Fortschrittliche Volkspartei erklärt sich für den Antrag Müller-Fulda, der sich mit den Wünschen verschiedener Petitionen deckt. Während der Antrag Müller-Fulda die jetzt 5 ℳ betragende Steuerklasse auf 7 ℳ erhöhen will, will ein Antrag Arnstadt (kons.) die 3 ℳ-Klasse auf 8 ℳ erhöhen, während ein Antrag Kreth (kons.) auch die 5 ℳ-Klasse auf 8 ℳ erhöhen will. Ein Regierungsvertreter führt aus, daß durch die höhere Besteuerung die Selbstherstellung von Zigaretten eingeschränkt werden solle. — Eine Petition wünscht, daß der Begriff Zigaretten-Tabak gesetzlich festgelegt werde, nicht nur durch Verordnung. Ein konservativer Antrag will die Schnittbreite des banderolsteuerfreien Tabaks von 2 auf 1 Mm. herabsetzen. Ein fortschrittlicher Redner erklärte es für eine starke Belästigung, wenn aller bis zu 2 Mm. geschnittener Tabak als Zigarettenfabrik gelte. Bei der heutigen Verteuerung des Tabaks sei die Grenze für die Banderolenfreiheit von 5 M. auf 8 M. zu erhöhen. Das Pfeifchen des armen Mannes wolle man nicht verteuern. Der Reichsschatzsekretär meinte, daß in den letzten Jahren doch die Abwanderung zur selbsthergestellten Zigarette festzustellen sei. Wenn man jetzt die Steuergrenze erhöhe, so müßte dem Bundesrat die Befugnis gegeben werden, bei Verbilligung des Tabaks wieder auf 5 M. herabzugehen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist gegen diese Befugnis des Bundesrats, zu dem er weniger Vertrauen habe als zum Reichstag. Die Zigarettenselbstherstellung werde bei den jetzigen Tabakpreisen sicher nicht zunehmen. Der Reichsschatzsekretär glaubt, daß der Tabak nicht so teuer bleiben werde, weil sich die Valuta wieder heben und die Knappheit der Transportmittel schwinden werde. Dem Bedenken eines Zentrumsredners gegen die Zulassung einer schmalen Schnittbreite schließt sich der Reichsschatzsekretär an, da sonst der Zweck des Gesetzes, Einnahmen zu schaffen, sehr gefährdet würde. Er erklärt es für besonders bedenklich, die Schnittbreite ins Gesetz zu bringen. Ein Sozialdemokrat macht darauf aufmerksam, daß die Zigarettenpapiersteuer eine Kontrolle für die Selbstherstellung von Zigaretten darstelle. Ein Zentrumsabgeordneter meint dagegen, daß auch Zigaretten aus nicht versteuertem Papier hergestellt würden, z. B. aus dem Papier der Wolffschen Telegramme. (Heiterkeit.) Der Redner schließt sich einer Anregung an, den Betrag von 7 M. in seinem Antrag durch 8 M. zu ersetzen. Ein Regierungsvertreter weist aus der Statistik nach, daß der Verbrauch an Zigarettenhülsen kolossal zugenommen habe, besonders jetzt in den Kriegsjahren und in den untersten Steuerklassen. Ein Sozialdemokrat führt dies auf die massenhafte Versendung billiger Zigaretten als Liebesgaben zurück. Wenn man befürchte, daß allzu viele Dachstubenbetriebe in der Zigarettenbranche entstehen könnten, die das Monopol für die Zukunft sehr erschweren, so sei dies jetzt nicht zu befürchten, da die polnischen und galizischen Juden usw., die solche Kleinbetriebe eingerichtet haben, jetzt gar keinen Tabak bekämen. Den Feinschnitt bloß für deutschen Tabak zuzulassen, gehe nicht an, da er vermischt werden müsse.

Die Kommission beschloß einstimmig, den Satz auf 8 ℳ, und für feingeschnittenen Tabak die Schnittbreite auf einen Millimeter festzusetzen.

Ein fortschrittlicher bayerischer Abgeordneter spricht über die Kriegsaufschläge für Betriebe, die erst nach dem 30. September 1915 angemeldet worden sind. Irgendeine Befürchtung für die deutsche Industrie vor der Konkurrenz des österreichischen Tabakmonopols sei nicht zu hegen, das Auswärtige Amt habe selbst vor einigen Jahren angeregt, daß die k. k. Tabakregie sich mit der deutschen Industrie verbinde. Der Reichsschatzsekretär gibt hierzu eine Erklärung ab, die als vertraulich behandelt wird, weil noch Verhandlungen schweben.

Die weitere Debatte beschäftigte sich eingehend mit der Höhe dieser Kriegszuschläge und mit der Zigarettenpapiersteuer. Die Abstimmung und die Weiterberatung wurden auf Donnerstag vormittag vertagt.

•

Der Steuerausschuß des Reichstages führte am Donnerstag die Einzelberatung der Tabaksteuervorlage in erster Lesung zu Ende.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert für die infolge des Gesetzes arbeitslos werdenden Arbeiter Unterstützungen bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren und in der Höhe von nicht weniger als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes. — Die Debatte beschäftigte sich zunächst mit der durch einen Antrag angeregten Kontingentierung. Das Zentrum erklärt seine Sympathie, wenn es auch noch nicht für den Antrag stimmen wolle; die Konservativen äußern Bedenken wegen der Folgen der Einführung des Monopols. Auf eine fortschrittliche Anfrage gibt der Reichsschatzsekretär nochmals vertrauliche Erklärungen über das Verhältnis zur österreichischen staatlichen Tabakregie ab. Er wünscht Aufnahme der Bestimmung, die dem Bundesrat das Recht geben soll, von der Höherbesteuerung neuer Betriebe Ausnahmen zu machen. Die Kontingentierung sei jetzt noch nicht reif. Eine Spekulation auf das Monopol müsse unmöglich gemacht werden; es sei gut, jetzt schon auszusprechen, daß Betriebe, die erst jetzt eingerichtet werden, bei einem künftigen Monopol Entschädigung nicht zu erwarten haben. Ein fortschrittlicher bayerischer Abgeordneter weist darauf hin, daß die deutsche Industrie in Oesterreich viel stärker vertreten sei als die österreichische in Deutschland.

Nunmehr wird Artikel III, Ziffer 1 der Regierungsvorlage angenommen. Es ist das die Festsetzung der Kriegsaufschläge für Zigaretten, und zwar bei einem Stückpreis bis 1½ Pfg. 3 ℳ für 1000 Stück, darüber bis 2½ Pfg. 5 ℳ, darüber bis 3½ Pfg. 7 ℳ, darüber bis 5 Pfg. 12 ℳ, darüber bis 7 Pfg. 18 ℳ und über 7 Pfg. 25 ℳ. Angenommen wird darauf Ziffer 2, wonach die Kriegsaufschläge für Zigarettentabak betragen sollen bei einem Kilogrammpreis von 5 bis 10 ℳ 3 ℳ, von 10 bis 20 ℳ 5 ℳ, von 20 bis 30 ℳ 10 ℳ und bei über 30 ℳ 12 ℳ für das Kilogramm. Auf Antrag Müller-Fulda (Ztr.) wird der Bundesrat ermächtigt, die Preisgrenze beim Zigarettentabak bis auf 5 ℳ zu ermäßigen, ebenso beim Zigarettenpapier, wo, mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, 6 ℳ Kriegsaufschlag für 1000 Zigarettenhüllen laut Kommissionsbeschluß erhoben werden sollen, nachdem ein Antrag, 2 ℳ zu erheben, abgelehnt worden war. Angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag, wonach der Bundesrat beim Zigarettentabak Ausnahmen zulassen kann, sowie ein Zentrumsantrag, wonach der Kriegsaufschlag auf Antrag 3 Monate ohne Sicherheit zu stunden ist. Mit diesen Aenderungen wird der ganze Artikel III, der die Zigarettenmehrbesteuerung betrifft, angenommen.

Darauf trat der Reichsschatzsekretär sehr entschieden für die Aufrechterhaltung auch des übrigen Gesetzes ein, da man nicht die Zigarettenindustrie allein treffen dürfe. Auch ein sächsischer Regierungsvertreter sprach sich nachdrücklich gegen den Antrag Müller-Fulda (Z.) aus, der den ganzen Artikel I (Besteuerung der Zigarren und des Tabaks) streichen will. Von den 1086 Millionen Mark Tabakverbrauch betragen die Zigaretten 334 Mill., und sie bringen 174 Mill. Steuern, die übrigen Tabakerzeugnisse bringen aber nur 115 Mill. Wird die Zigarette noch schwerer und noch einseitiger belastet, so muß das zu den härtesten Kämpfen, wenn nicht zur Erdrosselung führen. Die Konservativ enerklärten sich gegen den Antrag Müller-Fulda und für einen größeren Schutz des einheimischen Tabaks. Die Fortschrittliche Volkspartei kündigte an, in der ersten Lesung für den Antrag Müller-Fulda zu stimmen, ihr Verhalten in der zweiten Lesung hänge von der ganzen Gestaltung der Steuervorlagen ab. Ein Sozialdemokrat meinte, das Zigarettengewerbe würde auch dann erdrosselt, wenn die Zigarre miterdrosselt würde. Das Zentrum selbst wünschte die Annahme seines Antrages in der ersten Lesung im Interesse eines allgemeinen Verständnisses, behielt sich aber die endgültige Abstimmung vor. In ähnlichem Sinne sprach ein Nationalliberaler, worauf Artikel I (Zigarren-Mehrbelastung) von den Sozialdemokraten, Fortschrittlern und Polen abgelehnt wird, während die Konservativen für die Ziffer stimmen und die übrigen Fraktionen sich enthalten. Diese Abstimmung hat also nur provisorischen Charakter.

Artikel IV enthält die Uebergangsvorschriften und wird angenommen.

Darauf wird der am Anfang des Berichts wiedergegebene sozialdemokratische Antrag auf Unterstützung der arbeitslos werdenden Zigarettenarbeiter usw. begründet und beraten. Der Reichsschatzsekretär führt aus, daß die Arbeiterzahl der Zigarettenindustrie 1901 5555, 1914 17 694 betrug, der Durchschnittslohn 1901 615 ℳ, 1914 931 ℳ. Die Zigarette an sich würde sicher eine höhere Belastung ertragen können. Die Vorlage würde jetzt eine Arbeitslosigkeit nicht hervorrufen. Heute könnte es sich nur um aus dem Felde zurückkehrende Arbeiter allenfalls handeln, das gebe aber keinen Anhalt zur Unterstützung. Der Antrag würde auch bedeutende Folgen für andere Berufe haben, man könne eine solche Unterstützungspflicht nicht so bestimmt in das Gesetz hineinbringen. Es seien auch viele andere als die Tabakarbeiter durch den Krieg schwer geschädigt. Nach weiterer Beratung wird der Antrag mit den 3 Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Polen gegen 11 Stimmen der anderen Fraktionen angenommen.

Damit ist die erste Lesung ds Tabaksteuergesetzs beendet. Ein Zentrumsredner ersucht um Fertigstellung des Berichts bis Dienstag; ein Sozialdemokrat bittet um baldige Einbringung der Umsatzsteuervorlage, damit man wisse, wie man daran sei. Der Reichsschatzsekretär erklärt, daß die technischen Arbeiten für diese Vorlage zu Ende geführt seien, die Verbündeten Regierungen sich aber noch nicht entschieden haben. Ein Zentrumsabgeordneter führt noch aus, daß nämlich eine Ueberrumpelung ausgeschlossen sei.

Der Steuerausschuß tritt am Dienstag wieder zusammen, um die zweite Lesung der Vorlagen über die Erhöhung der Postgebühren und des Frachturkundenstempels vorzunehmen.

Herford und Minden-Ravensberg.

12. Mai.

Vorbereitung des künftigen Kriegswirtschaftsplanes.

Zu dem für die diesjährige Ernte aufzustellenden Kriegswirtschaftsplan hat der Vorstand der Westfälischen Landwirtschaftskammer in Münster eine Reihe beachtenswerter Vorschläge gemacht, denen wir folgendes entnehmen:

Allgemein wird als Ziel über alle Maßnahmen gestellt, daß neben jeder möglichen Rücksichtnahme auf die Interessen der Verbraucher die Aufrechterhaltung der Nahrungsmittelerzeugung gefördert werden müsse, weil nur diese eine nachhaltige Sicherung der Volksernährung ermöglicht. Als vorbereitende Maßnahme für die Bewirtschaftung der Ernte 1916 wird wiederum eine Anbauflächenstatistik und eine Ernteschätzung wie im Vorjahr, jedoch mit besserer Vorbereitung und Vornahme von Nachprüfungen empfohlen; die Feststellung der Ernte kann erst erfolgen, wenn ein gewisser Teil der Ernte ausgedroschen ist, also nicht vor dem 1. Dezember. Im einzelnen schlägt die Landwirtschaftskammer nachstehendes vor:

1. Brotgetreide.

Beizubehalten ist, wie im Jahre 1915, die Reichsgetreidestelle, die Selbstversorgung der Landwirte, die durchgeführte Dezentralisation bei der Brotgetreideversorgung, das Verfütterungsverbot, sowie die Festsetzung von Höchstpreisen unter Aufrechterhaltung des bisherigen Grundpreises mit den monatlichen Zuschlägen. Um einen Anreiz zu schneller Ablieferung des Getreides zu geben, müßte für das, vor dem 1. Dezember 1916 abgelieferte Getreide eine besondere Druschprämie von 20 ℳ die Tonne gewährt werden. Das Hinterkorn möge tunlichst bis zu 5 Prozent des abgelieferten Getreides den Landwirten zur Verfütterung verbleiben.

2. Kartoffeln.

Es wird empfohlen, die Kartoffelbeschaffung künftig dem Handel zu überlassen, der vor dem Kriege stets die rechtzeitige Belieferung der Bevölkerung ermöglicht hat, und zwar ohne Festsetzung von Höchstpreisen. Voraussetzung für eine solche Versorgung ohne Höchstpreise durch den Handel wäre allerdings, daß den Gemeinden die Pflicht auferlegt wird, unter Gewährung von Zuschüssen aus eigenen und Reichsmitteln die unbemittelte Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen, falls die Preise zu hoch werden sollten. Weitere Voraussetzung wäre, daß der Reichskanzler ermächtigt wird, unverzüglich Höchst-

preise für Kartoffeln festzusetzen, falls ernste Stockungen in der Kartoffelversorgung oder unbegründete Preissteigerungen eintreten. Als Höchstpreis erscheint für Westfalen ein solcher von 4 *M* für 50 Kilogr. angemessen. Die Reichskartoffelstelle und die provinziellen Stellen sollen bestehen bleiben, um die abzuschließenden Lieferungsverträge der Gemeinden zu erleichtern, vermittelnd bei den Ankäufen tätig zu sein, freie Marktpreise festzusetzen und zu veröffentlichen. Wesentlich erscheint eine Beschleunigung der Ernte im Osten, nötigenfalls unter Hinzuziehung der im Lande befindlichen Truppenteile, sowie eine sorgsame Vorbereitung des Abtransportes der Kartoffeln auf der Eisenbahn vom Osten nach dem Westen. Empfohlen wird schließlich, die Schaffung einer angemessenen Reserve an Speisekartoffeln für Fälle der Zufuhrstockung, welche zweckmäßig in den Verbrauchsgebieten aufbewahrt werden müßte.

3. Hafer.

Der Verkehr mit Hafer kann in der bisherigen Weise beibehalten werden; ebenso der Höchstpreis von 300 *M* die Tonne, dem jedoch für allen, bis zum 1. Dezember 1916 abgelieferten Hafer eine Druschprämie von 20 *M* die Tonne zugeschlagen werden müßte. Eine Erhöhung der den Landwirten zu belassenden Futterration auf mindestens 5 Pfund Hafer täglich für jedes Pferd erscheint dringend erforderlich.

4. Gerste.

Empfohlen wird, nach dem Vorbilde der Reichsgetreidestelle eine Reichsgerstenstelle zu beschaffen mit einer Verwaltungs- und einer Geschäftsabteilung. Zur Verfütterung in der eigenen Wirtschaft möge den Landwirten, welche nachgewiesenermaßen nur zur Aufrechterhaltung ihres Viehbestandes Gerste anbauen, die gesamte Gerste belassen werden, im übrigen bis zu zwei Drittel der eigenen Ernte, je nach Größe des vorhandenen Viehbestandes. An den Höchstpreisen für Gerste braucht nichts geändert zu werden.

5. Vieh.

Die bestehenden Schlachtverbote für Schweine sind baldigst aufzuheben, da sie hindernd auf die Auflegung von Ferkeln zur Mast einwirken und daher die spätere Fleischversorgung ungünstig beeinflussen.

---

ht. **Behördliche Verteilung von Bekleidungstücken.** Auf eine von der Handelskammer zu Bielefeld an den Reichskommissar bei der Reichsstelle für bürgerliche Kleidung (Reichsbekleidungsstelle) in Berlin gerichtete Eingabe ist der Kammer unterm 9. Mai 1916 (Nr. I. A. 300) mitgeteilt worden, daß nicht nur Vertreter des Verbandes für Herren- und Knabenkleidung e. V., sondern alle maßgebenden Detaillistenverbände des Deutschen Reiches, sowie eine größere Anzahl von Detaillisten aus dem Reiche eingehend in einer gemeinsamen Besprechung bei der bezeichneten Reichsstelle über deren geplante Maßgabe gehört worden seien und Gelegenheit genommen hätten, ihre Meinung hierzu äußern. Es würde deshalb eines nochmaligen Gehörs von Detaillisten nicht bedürfen. Vor allem aber wiederholte die Reichsstelle, was in den bisherigen Besprechungen unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen sei, daß keineswegs beabsichtigt sei, durch kommunale oder sonstige Verteilung von Bekleidungsstücken in den Handel einzugreifen. Vielmehr sollten für alle Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle die geordneten Wege des Handels benutzt werden, allerdings unter Bedingungen, die eine unangemessene Preissteigerung ausschlössen.

= **Ueber die Gründung der Reichsbekleidungsstelle** findet am Sonnabend, 13. Mai, vormittags 11 Uhr in der Handelskammer zu Bielefeld eine Besprechung statt.

= **Heimische Spenden für das westfälische Kaufmanns-Erholungsheim.** Der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime (Ferienheime für Handel und Industrie) sind für die Errichtung eines Heimes in Westfalen in letzter Zeit noch nachstehende Stiftungen von 1000 *M* an aufwärts zugegangen: Gebr. Uekermann, Brauerei Felsenkeller b. Herford 1000 *M*, Aug. Blase-Lübbecke 1000 *M*, M. Löwenstein-Lübbecke 1000 *M*, Mencke u. Holle-Lübbecke 1000 *M*, Nathan Ruben-Lübbecke 1000 *M*, Basse u. Selve, Messingwalzwerk, Altena (durch Frau Geh. Kommerzienrat Selve und Herrn Rittergutsbesitzer Walther Selve), weitere 10 000 *M*, Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges., Dortmund, 5000 *M*, Frau A. Bechem, Hagen 5000 *M*, A. Kinkel, Transport-Kontor der Rhein.-Westf. Eisen-Industrie, Hagen, 2000 *M*, Lüdenscheider Metall-Werke, Akt.-Ges., vorm. Jul. Fischer u. Basse, Lüdenscheid, 2000 *M*, Neuwalzwerk, Akt.-Ges., Bösperde 1000 *M*, F. Hesterberg u. Söhne, G. m. b. H., Milspe, 1000 *M*, Ernst Löwen, Milspe, 1000 *M*.

r. **Vom Fischmarkt.** Außer der städtischen Verkaufsstelle in der Markthalle waren heute nur noch zwei andere Händler vertreten. Die Stadt bot Schellfisch das Pfund zu 65 Pfg. und Heringe das Stück zu 25 Pfg. an. An den beiden übrigen Ständen zahlte man für das Pfund Schellfisch 70 Pfg., für Schollen 85 Pfg. Der Schellfisch zeichnete sich heute durch besondere Güte aus und fand in der Morgenstunde zwischen 8 und 9 Uhr raschen Absatz. Eine der privaten Verkaufsstellen, die mit 50 Pfund erschienen war, hatte schon gegen 9 Uhr ausverkauft. Auch die städtische Verkaufsstelle hatte zu dieser Zeit nur noch geringen Vorrat, ein Zeichen, daß bei dem Mangel an Eiern und andern Nahrungsmitteln der Fisch der begehrenswerteste Artikel ist. Immerhin aber muß die Zahl der Käufer auf dem heutigen Fischmarkte als eine wider Erwarten geringe bezeichnet werden, wenn man den Andrang zu den Fleischständen auf den Wochenmärkten damit vergleicht.

= **Einkaufsverein der Herforder Kolonialwarenhändler.** Die hiesigen Kolonialwarenhändler haben sich zu einem Einkaufsverein zusammengeschlossen. Zweck des Unternehmens ist in erster Linie der Einkauf von Waren auf gemeinschaftliche Rechnung. Der Vorstand wird gebildet durch die Kaufleute H. Gieseler, H. Ebmeyer und G. Schirmeister. Die Organisation entspricht den Bedürfnissen unserer Zeit und wird bei geschickter Leitung ihren Mitgliedern zum Vorteil gereichen.

r. **Kaninchendiebstahl.** Einem Anwohner an der Bünderstraße wurden in der vergangenen Nacht drei Kaninchen gestohlen. Die Diebe haben mittels Drahtschere die Drähte der Kisten zerschnitten, in dem sich die Tiere befanden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Amt Gohfeld-Mennighüffen.

r. **Löhne,** 11. Mai. Zwei junge Burschen, welche sich nach ihrer Festnahme als aus der Erziehungsanstalt Schweicheln bei Herford entwichene Fürsorgezöglinge entpuppten, drangen gestern in die Wohnung eines auf dem Wittel wohnhaften Landwirts ein und entwendeten vier Anzüge. Die Diebe wurden bemerkt und Eingesessene und Schulkinder verfolgten die Ausreißer durch Wald und Flur. Einer der Diebe wurde in Gohfeld ergriffen und festgenommen, während der andere, der einen größeren Vorsprung gewonnen hatte, nach Bad Oeynhausen zu weiterlief. In den Anlagen des Königl. Bades wurde auch er gestellt. Als ein Polizeibeamter ihn dort verhaften wollte, setzte sich der Patron mit einem offenen Taschmesser zur Wehr. Die beiden verwegenen Burschen wurden dem Königl. Amtsgericht Bad Oeynhausen zugeführt.

Sielhorst, 11. Mai. Bei einem hier niedergegangenen Gewitter wurden zwei junge Rinder, die dem Kolon Vette Nr. 15 gehörten, auf der Weide vom Blitze getroffen und auf der Stelle getötet.

Lippische Fürstentümer.

e **Bad Salzuflen,** 11. Mai. Der Magistrat hat beschlossen, in den nächsten Tagen eine Bestandsaufnahme sämtlicher Fleisch- u. Fettwaren (Speck, Servelat- und Plockwurst, sowie Schinken und andere Fleisch- und Fettwaren), die im Besitz der Einwohner sich befinden, stattfinden zu lassen. — Die Ausgabe von Brotkarten für die Kurgäste soll auf Beschluß der städt. Kollegien durch 2 Soldaten des hiesigen Ersatz-Bataillons erfolgen.

b. **Detmold,** 11. Mai. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde die Hundesteuer auf 30 *M* für den ersten Hund und 50 *M* für jeden weiteren Hund festgesetzt und zwar vorläufig auf 1 Jahr. Stadtv. Albecke (fz.) hat krankheitshalber sein Amt niedergelegt. Der Amtsniederlegung wurde zugestimmt. Ebenso der Herstellung eines Absonderungsraumes im Schützenhause. Die beiden in Detmold vorgekommene Pockenfälle werden der Stadt rund 2500 *M* kosten. Die Stadt ist jetzt pockenfrei. Die städtischen Arbeiter haben um eine Lohnerhöhung gebeten. Der Magistrat hat den 30 in Betracht kommenden Arbeitern eine Erhöhung von 4 Pfg. die Stunde zugebilligt. Die Stadtverordneten erhöhten den Stundenlohn um 4 Pfg. und bewilligten außerdem täglich 40 Pfg. Kriegszulage. Der Uebernahme der Beiträge zur Kranken- und Invalidenkasse für einen Arbeiter der Gasanstalt wurde zugestimmt, ebenso der Feststellung des Durchschnittspreises von 5 *M* für die städtischen Kartoffeln.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Gütersloh, 11. Mai. Bei der hiesigen städtischen Sparkasse ist vorgestern das 35 000ste Sparkassenbuch ausgegeben worden. Einen Maßstab für die Entwickelung dieser Kasse und für den bei ihr stetig wachsenden Verkehr geben folgende jetzt zur Verfügung gestellte Angaben: Es wurden ausgegeben das 20 000ste Sparkassenbuch am 14. Februar 1903, das 25 000ste am 22. Dezember 1908, das 30 000ste am 30. Januar 1913, alle fünf Jahre somit 5000 Sparkassenbücher oder je 1000 in einem Jahre. In der Kriegszeit hat sich das Verhältnis noch weit günstiger gestaltet, denn die Ausgabe der letzten 5000 Bücher fällt in die Zeit vom 1. Februar 1913 bis 9. Mai 1916. Den Sparsinn hat also selbst der Krieg nicht vertreiben können.

Wiedenbrück, 11. Mai. Nach Mitteilung des Westfälischen Futtermittelverbandes sind dem Kreise Wiedenbrück vom Preußischen Landesamt für Futtermittel für die Zuchtsauen und Eber 2200 Zentner überwiesen. Das Futtermehl besteht aus einer Mischung von Nachmehl, inländischer und ausländischer Kleie, Maismehl, Eichelmehl, Kartoffelflocken, Fischmehl, Strohkraftfutter m. Eiweißzusatz. Das Futter soll an solche Tierhalter abgegeben werden, welche für die Fortsetzung der Schweinzucht besonders geeignete Zuchtsauen oder Eber im Besitz haben.

Paderborn, 11. Mai. Die erste Abteilung des Großen Loses Nr. 54 831 fiel nach Paderborn und wurde von 4 Personen mit je einem Viertellos gespielt. Davon fielen ein Viertel nach Stadt Paderborn, zwei Viertel nach Höxter und ein Viertel in die Umgegend von Paderborn. Die Spieler sind Leute aus dem Mittelstande.

Münster, 11. Mai. Ein Gaunerstreich gelang am Dienstag nachmittag einem Mädchen in einem Geschäft an der Salzstraße. Eine Dame hatte dort für 100 *M* einen Schinken gekauft, wollte ihn aber nicht mitnehmen, da ihr 1,50 *M* an dem Betrage fehlten. Sie versprach, den Betrag zu schicken und gleichzeitig den Schinken durch ihr Dienstmädchen abholen zu lassen. Bald darauf kam auch ein Dienstmädchen, bezahlte 1,50 *M* und holte den Schinken ab. Nicht viel später erschien ein zweites Mädchen, um den Schinken zu holen, und bald stellte sich heraus, daß das erste Mädchen eine Gaunerin gewesen war, die jedenfalls das Gespräch beim Kauf des Schinkens im Laden angehört hatte und die willkommene Gelegenheit benutzte, sich für 1,50 *M* einen Schinken zu verschaffen.

Aachen, 11. Mai. Die Behörde hat in den letzten Tagen hier die Namen zahlreicher Metzgermeister festgestellt, welche übermäßige Preise für Kalbfleisch gefordert haben. Einzelne davon haben mehr als 6 *M* für das Pfund gefordert leider erhalten.

München, 11. Mai. Der Münchener Polizeipräsident Freiher v. Grundherr wandte sich in öffentlicher Versammlung in allerschärfster Weise gegen die Pestbeulen unserer Zeit. Er sagte: Unsere Krieger kämpfen um edle Güter, für die Entwicklung und Kultur; sie sterben gern für deutsche, schlichte Art, nicht aber für Wucher, Genußsucht, Ausbeuterei, nicht für eitle Frauen. Er geißelte dann das Wohlleben gewisser reicher Familien, den Wucher gewisser Geschäfte, die Genußsucht und Ausschweifung der Jugend, den Wahrsagegeschwindel, die feichten Theaterstücke und forderte alle wahrhaften Patrioten auf, gegen solche Sitten den Kampf rücksichtslos durchzuführen.

•

Max Reger †.

Jena, 11. Mai. General- und Universitätsmusikdirektor Hofrat Dr. phil. und med. honoris causa Max Reger-Jena ist plötzlich in Leipzig gestorben. Max Reger, mit dem eine der bemerkenswertesten Erscheinungen in der neueren deutschen Musikepoche dahingeschieden ist, war am 10. März 1873 in Brand (Oberpfalz) geboren und genoß seine fachliche Ausbildung hauptsächlich bei Hugo Riemann in Leipzig. Als bedeutender Kontrapunktiker und feinsinniger Liederkomponist wird sein Name fortleben.

•

Zwei Kinder von ihrer Mutter vergiftet.

Berlin, 11. Mai. Eine Familientragödie hat sich in der Eylauer Straße 1 im vierten Stock des Seitenflügels abgespielt. Dort vergiftete sich die 28jährige Frau des Maurers Neumann mit ihren beiden Kindern, einem Mädchen und einem Knaben im Alter von 4 und 9 Jahren durch Leuchtgas. Samariter der Feuerwehr stellten Wiederbelebungsversuche an, die schließlich nach zweistündiger Arbeit bei der Frau von Erfolg waren. Dagegen gelang es nicht, die beiden Kinder wieder ins Leben zurückzurufen. Ueber die Ursache des Familiendramas erfahren wir folgendes: Frau Neumann wird von allen Personen, die sie kannten, als eine arbeitsame Frau geschildert. Seit einiger Zeit wurde sie von ihrem Mann mit Vorwürfen überhäuft, weil sie Geld, das gespart werden sollte, ausgegeben hatte. Das nahm sich die Frau so zu Herzen, daß sie beschloß, mit den Kindern aus dem Leben zu scheiden. Als der Mann gegen Abend von der Arbeit heimkehrte, konnte er mit seinen Schlüsseln zwar die Korridortür öffnen, aber nicht das Schlafzimmer. Da er starken Gasgeruch wahrnahm, brach er ein Loch in die Mauer zur Schlafstube. Als er dann in das Schlafzimmer gelangte, fand er seine Frau und Kinder regungslos im Bett. Frau Neumann wurde in bedenklichem Zustande nach dem Urbankrankenhaus gebracht.

•

Der ungarische Frauenmörder.

Budapest, 11. Mai. Auf Grund der bisherigen Erhebungen ist es nunmehr zweifellos, daß Klempnermeister Bela Kiß der Massenmörder gewesen ist. Die Polizei hat bisher von 18 Personen Kenntnis, mit denen Kiß in Verbindung gestanden hat und von denen bisher 8 als vermißt angezeigt wurden, während die anderen 10 noch nicht ermittelt werden konnten. Kiß's intimer Freund, der frühere Polizist Nagy und die Bediente Jakubek, welche leugnen, sich aber in Widersprüche verwickelten, wurden verhaftet. Die Polizei öffnete ein Paket, das Kiß an die Bediente Jakubek zur Aufbewahrung übergeben hatte. Es enthielt eine große Anzahl von Liebesbriefen, aus denen 23 Adressen bekannt wurden, bei denen die Polizei Nachforschungen anstellt. Auf dem Dachboden wurden in einem Sack Frauenkleider gefunden. Heute vormittag wurden von der Gerichtskommission vier von den sieben Blechtonnen geöffnet. In drei fand man Frauenleichen. Sie waren vollkommen bekleidet, mit Stricken verschnürt und jede hat einen Strick um den Hals. In der vierten Tonne fanden sich sieben Frauenkleider. Die Leichen sind vollkommen verwest, jedoch noch erkenntlich. Eine Leiche wurde von der Bediensteten Jakubek und einer Nachbarin als jene der vor 4 Jahren verschwundenen Katharina Warga, der Dienstmagd des Cincotaer Gastwirts Apjari, erkannt, die wie allgemein bekannt war, ihre Ersparnisse von 500 Kronen stets bei sich trug. Von den in der vierten Tonne befindlichen Frauenkleidern wurde das eine als der vor zehn Jahren verschwundenen 26jährigen Köchin Toth erkannt. In einem erkannte die Frau Stefan Toth dasjenige ihrer verschwundenen Tochter Margit. Am Vormittag erschien bei der Stadthauptmannschaft der Honvedkorporal Maida. Er sagte aus, daß er mit Kiß im serbischen Spital Valjewo beisammen war. Er habe ihn sterben sehen. Kiß sei in Valjewo beerdigt worden.

•

Das Ehepaar Suchomlinow.

Die Ueberführung des früheren Kriegsministers Suchomlinow nach der berüchtigten Peter-Pauls-Festung, die endlich auf Haftbefehl des nun vom Zaren mit der Leitung der Untersuchung betrauten Senators Basorodzky erfolgte, zeigt, daß jene Hofkamarilla, deren Abgott Rasputin ist, doch nicht so allmächtig ist, wie man ursprünglich annahm. Sie war nämlich zusammen mit der höchsten Bureaukratie an dem gegen Suchomlinow eingeleiteten Prozesse sehr interessiert und versuchte mit allen Mitteln die Unterdrückung der ganzen skandalösen Geschichte durchzusetzen. Für sie bedeutete Suchomlinows Verurteilung gleichzeitig ihre eigene Verurteilung. Seit dem 12. März hatte der Senator Kuzmin die Untersuchung unter sich und hätte sie noch länger nach echt russischer Weise in die Länge gezogen, hätte man in der Duma den „Fall Suchomlinow" nicht zu ernst genommen. Schingarew sagte es ganz offen als die Juden von den Pogromhetzern Markow II und Zamyslowski des Verrates beschuldigt wurden: „Der Kriegsminister Suchomlinow, der das besondere Vertrauen des Zaren genoß, ist ein Verräter. Er stand gleichzeitig zu den Verrätern in engsten Beziehungen, ließ sich bestechen und verriet die russische Armee. Durch seinen Verrat brachte er Hunderttausende von Russen ums Leben." Die Bauerndeputierten erklärten, das Volk verlange Suchomlinows Kopf; es würde sich nicht eher beruhigen, als bis die zahllosen, zwecklos getöteten Soldaten und die unzähligen Niederlagen durch Suchomlinows Schädel gesühnt seien. Senator Kuzmin mußte sich daher aus „Gesundheitsrücksichten" zurückziehen, und Senator Basorodzky übernahm die höchst undankbare Aufgabe der Fortsetzung der Untersuchung. Die liberale Presse meinte auch diesmal, die Rasputinsche Clique möchte dadurch nur wieder diesen Skandal in unabsehbare Ferne rücken, aber sie täuschte sich; Basorodzky erwies sich als energischer Mann und packte die Angelegenheit an ihrem wunden Punkte. Nun sitzt Suchomlinow in der Peter-Pauls-Festung; vielleicht einer der wenigen wirklich Schuldigen, die jene Mauern umschließen.

Die Untersuchungskommission brachte viel kompromittierende Papiere ans Tageslicht. Die Einzelheiten aus dem dort aufbewahrten Sündenregister des ehemaligen Kriegsministers sind noch nicht veröffentlicht. Was aber schon jetzt bekannt ist, genügt, um ihn und seine Gemahlin wenigstens ein dutzendmal zu Tode zu verurteilen:

Suchomlinows rechte Hand war, wie erinnerlich, der Provokateur Rzewski, der den Minister des Innern Chwostow stürzte. In Kiew, wo Suchomlinow Höchstkommandierender war, lernte er ihn kennen. Rzewski erschien in Uniform eines bulgarischen Offiziers und gewann bald den leichtsinnigen General für sich. Kurz vor dem Kriege verfaßten sie zusammen einen Aufsehen erregenden Artikel, den sie in den „Birschewyja Wjedomosti" abdruckten. „Wir sind schlagfertig" lautete die Aufschrift. Die Geschichte lehrt inzwischen nachträglich, daß die Russen zu Schlägen bereit waren, die sie von den Mittelmächten bekamen. In Kiew machte ferner General Suchomlinow noch die Bekanntschaft einiger zweifelhafter Gesellen, die ihm zunächst eine sehr schöne Frau zuführten, weshalb er sich diesen Herren verbunden fühlte. Diese Dame wurde Suchomlinows Verhängnis. Alle Kriegsbestellungen gingen durch ihre Hände. Was im Geheimen im Kriegsministerium beraten wurde, erfuhr sie sofort. Die erwähnten Lebemänner, die nach Suchomlinows Ernennung zum Kriegsminister ihm nach Petersburg folgten, wußten die eitle Frau mit Geldgeschenken oder teuerem Schmucke für ihre Zwecke zu gewinnen. Daher erhielten sie selbst alle Kriegsbestellungen, die sie aber selbst nicht ausführten, sondern an andere Personen gegen guten Profit weitergaben. Der seinerzeit wegen Hochverrat hingerichtete Oberst Mjassojedow stand in hoher Gunst bei Frau Suchomlinow. Nach Mjassojedows Verhaftung wurden auch derart kompromittierende Papiere gefunden, daß eine Haussuchung bei Frau Suchomlinow erfolgte. Ganz Rußland forderte damals auch ihre Hinrichtung. Aber durch Rasputins und Goremykins Betreiben geschah ihr nichts, sie wurde bloß nach Südrußland verbannt, wo sie heute noch eine allgemein geachtete Frau ist und besonders oft den Besuch des reaktionären früheren Ministers Schtscheglowitow empfängt.

Ein belastendes Material liefert auch Suchomlinows Briefwechsel mit dem Ministerpräsidenten Goremykin. Dort gibt Suchomlinow wiederholt falsche Versicherungen über die gute Verpflegung der Armee. Wie leichtsinnig Suchomlinow die Munitionslieferungen überwachte, zeigt der Umstand, daß er bei einer Petersburger Munitionsfabrik große Bestellungen auf ein bestimmtes Kanonenkaliber machte, die vier Monate unter Arbeit waren, und die dann alle nach einem zu kleinen Kalibermodelle hergestellt wurden, dort in die Kanonen nicht hineinpaßten.

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle, Herford.



Oeffentliche Aufforderung.

Auf Grund des Gesetzes vom 7. August 1911 (G.-S. S. 168) betreffend die Beschulung blinder und taubstummer Kinder fordere ich deren im Amtsbezirke Herford-Hiddenhausen wohnende Eltern und gesetzliche Vertreter auf:

1. blinde und hochgradig schwachsichtige Kinder, die am 1. April d. Js. das 4. Lebensjahr und
2. taubstumme, stumme, taube und hochgradig schwerhörige Kinder, die am 1. April d. J. das 5. Lebensjahr vollendet haben,

bis zum 1. Juni d. J. auf dem Amtsbüro, Zimmer Nr. 2, anzumelden.

Herford, den 5. Mai 1916.

Der Amtmann:
von der Schulenburg.

Beschwerden

über unregelmäßige und unpünktliche Zustellung unseres Blattes bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle: Rennstr. 29/31 (Fernsp. 88) zu richten.

Verlag der Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Bekanntmachung.

Für den Handel mit Vieh sind folgende Stallhöchstpreise festgesetzt, die sowohl Verkäufer wie Käufer beim Handeln mit Vieh genau zu beachten haben:

1. **Für Schweine** (Bundesratsverordnung vom 14. Februar 1916 R.G.Bl.S. 99.)

A. Beim Verkaufe von Schlachtschweinen durch den Viehhalter darf der Preis für 50 kg. Lebendgewicht, nüchtern gewogen, nicht übersteigen

in den Kreisen Herford Stadt und Land, Minden und Lübbecke für

Schweine über				fette Sauen u. Eber über			
90 bis 100 kg. ℳ	80 bis 90 kg. ℳ	70 bis 80 kg. ℳ	60 bis 70 kg. ℳ	von 60 kg. und darunter ℳ	150 kg. ℳ	120 bis 150 kg. ℳ	von 120 kg. und darunter ℳ
103	93	83	78	73	115	108	88

Der Preis in Spalte 1 erhöht sich bei Schweinen (mit Ausnahmen ehemaliger Zuchteber und Zuchtsauen) im Lebendgewichte, nüchtern gewogen, von über 100 kg bis 110 kg um 10 von Hundert, von über 110 bis 120 kg um 15 von Hundert, von über 120 bis 140 kg um 20 von Hundert, von über 140 kg um 25 von Hundert.

(S. Bekanntmachung des Westf. Viehhandelsverbandes vom 17. März 1916.)

B. Bis auf weiteres werden folgende Preisaufschläge zu den jetzt geltenden Stallhöchstpreisen für Schweine beim Weiterverkauf für zulässig erklärt:

a) Verkauf außerhalb der Schlachtviehmärkte: 12%

b) Verkauf auf den Schlachtviehmärkten innerhalb des Verbandsbezirkes: 16%

c) Verkauf auf außerhalb des Verbandsbezirkes gelegenen Schlachtviehmärkten: 16%

Diese Preisaufschläge dürfen nur auf den Stallhöchstpreis des Bezirkes gemacht werden, in dem sich die Schweine zurzeit des Kaufabschlusses vom Landwirt oder Mäster befunden haben. Sie schließen sämtliche Unkosten, auch Gewichtsverluste, Frachtkosten usw. und den Handelsgewinn ein.

2. **Für Rindvieh** werden bis auf weiteres folgende Stallhöchstpreise festgesetzt:
(Bekanntmachung des Westf. Viehhandelsverbandes vom 17. März 1916.)

Gewicht des Tieres Zentner:	Vollfleischige Mastochsen (bis zu 6 Jahre alt) Bullen und Färsen (noch nicht gekalbt) Preis für den Zentner höchstens in Mark:	Kühe und alte Ochsen Preis für den Zentner höchst. in Mark:
11 und mehr	100	90
10 „	95	85
9 „	90	80
8 „	85	75
7 „	80	70
6 „	75	65
5 „	70	60
4 „	65	55
3 „	60	—

Maßgebend ist das Lebendgewicht nüchtern gewogen (12 Stunden futterfrei) oder gefüttert gewogen abzüglich 5 %.

Den Verbandsmitgliedern wird zur Pflicht gemacht, die für Rinder ab Stall hiernach festgesetzten Preisgrenzen nicht zu überschreiten.

Den Verbandsmitgliedern wird hierdurch ausdrücklich bekanntgegeben, daß sie sich der unnachsichtlichen Strafverfolgung auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 gegen übermäßige Preissteigerungen (R.G.Bl. S. 467) und der Bundesratsverordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (R.G.Bl. S. 603) aussetzen würden, wenn sie bei einem Weiterverkauf von Tieren außer den baren Frachtauslagen einen höheren Aufschlag zu ihrem Einstandspreis nehmen als:

a) außerhalb eines öffentlichen Schlachtviehmarktes höchstens 3 % vom Einstandspreis,
b) auf einem Schlachtviehmarkt östlich von Berlin im ganzen höchstens 6 %,
c) auf dem Schlachtviehhofe Berlin und auf Schlachtviehmärkten westlich von Berlin höchstens 7 % für die gesamten Handelsunkosten und Handelsgewinn. (Bekanntmachung Westf. Viehhandelsverband vom 17. März 1916).

3. **Für Kälber** — Bekanntmachung des Westf. Viehhandelsverbandes vom 14. April 1916 (A.Bl. S. 166).

§ 13. Für Kälber und Schafe werden bis auf weiteres folgende Stallhöchstpreise festgesetzt:

1. für Kälber:
   a. für Kälber unter 40 kg Lebendgewicht 70 Mk. für 50 kg,
   b. für Kälber von 40—75 kg Lebendgewicht 100 Mk. für 50 kg,
   c. für Kälber über 75 kg Lebendgewicht 120 Mk. für 50 kg,
2. für Schafe:
   a. für Mastlämmer 120 Mk. für 50 kg,
   b. für Jährlinge und Hammel 100 Mk. für 50 kg, über 1 Jahr alt,
   c. für Schafe und Böcke 85 Mk. für 50 kg.

Maßgebend ist das Lebendgewicht nüchtern gewogen (12 Stunden futterfrei) oder gefüttert gewogen abzüglich 5%.

Eine über diese Höchstpreise hinausgehende Vergütung wie Fuhrgeld, Strickgeld usw. ist verboten.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Herford, den 8. Mai 1916.

Die Polizei-Verwaltung.

Es gilt die goldene Rüstung des Reiches!

Das **Wachsen des Goldschatzes** der Reichsbank ist mindestens so wichtig wie die reichliche Ergänzung der Munition für das Heer. Zur

Vermehrung des Goldbestandes

richtet deshalb die Reichsbank einen

Ankauf von Goldsachen jeder Art

ein.

Helft dem Vaterland!

Jetzt müßte

jeder Goldgegenstand entbehrlich sein,

es sei denn, daß er Kunst- oder Altertumswert hat.

So war es im Jahre 1813.

Lassen wir es jetzt gerade so sein!

Bezahlt wird für 1 g Gold

333/1000	0,75 M.
585/1000	1,50 M,
750/1000	2,— M.
900/1000	2,20 M.
Feingold	2,70 M.

Trauringe u. vergoldete Gegenstände werden nicht angenommen.

Minderjährige müssen beim Verkauf von Goldsachen die schriftliche Einwilligung des Vaters oder dessen Stellvertreters vorlegen.

Die Ankaufsstelle (Sammelstelle des Roten Kreuzes), Bäckerstraße, ist jeden Mittwoch und Sonnabend von 4—6 Uhr geöffnet.

Der Ausschuß für den Ankauf von Goldgegenständen für die Reichsbank

Bekanntmachung.

Am **Sonnabend** werden am neuen Güterbahnhof

Speise-Kartoffeln

abgegeben. Die Kartoffelmarken sind mitzubringen.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 23 die Genossenschaft unter der Firma **„Einkaufsverein der Kolonialwarenhändler in Herford** i. W." eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, mit dem Sitz in Herford eingetragen. Die Satzung ist vom 27. April 1916. Gegenstand des Unternehmens ist: 1. Einkauf von Waren auf gemeinschaftliche Rechnung und Abgabe derselben zum Handelsbetriebe an die Mitglieder; 2. Errichtung von dem Kolonialwarenhandel dienenden Anlagen und Betrieben zur Förderung des Erwerbes und der Wirtschaft der Mitglieder; 3. Förderung der Interessen des Kleinhandels. Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma, gezeichnet von zwei Vorstandsmitgliedern, in der „Deutschen Handels-Rundschau" in Berlin. Der Vorstand besteht aus den Kaufleuten Hermann Gieseler, Hermann Ebmeyer und Gustav Schirmeister in Herford. Die Willenserklärungen des Vorstandes erfolgen durch mindestens zwei Mitglieder; sie zeichnen, indem sie der Firma ihre Namensunterschrift beifügen. Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden jedem gestattet.

Herford, den 8. Mai 1916.

Königliches Amtsgericht.

Ueber die

Gründung der Reichsbekleidungsstelle

Geschäftsabteilung, G. m. b. H.

findet in der Handelskammer zu Bielefeld am **Sonnabend, den 13. Mai 1916, vorm. 11 Uhr,** eine Besprechung statt, zu welcher die an der Herstellung und am Handel mit Bekleidungsstücken aus Web-, Wirk- und Strickwaren beteiligten Firmen hiermit eingeladen werden. Von den Anwesenden können bei dieser Gelegenheit Anteilscheine der Gesellschaft gezeichnet werden. Auch ist die Handelskammer bereit, Zeichnungsscheine den Beteiligten zuzusenden. Der geringste Betrag, der gezeichnet werden kann, beträgt 5000,— Mk.

Bielefeld, den 11. Mai 1916.

Handelskammer zu Bielefeld.

Kartoffeln.

Kartoffeln treffen jetzt fast täglich ein. Wir richten an alle Einwohner die Bitte, noch nicht eingelöste Kartoffelmarken möglichst jetzt einzulösen.

Die Abgabe der Kartoffeln erfolgt auf dem neuen Güterbahnhofe durch Herrn Franke.

Voraussichtlich werden die farbigen Kartoffelmarken sehr bald für ungültig erklärt werden. Die Ungültigkeitserklärung mit einer kurzen Frist wird noch bekanntgegeben.

Herford, den 11. Mai 1916.

Der Magistrat.

Kartoffeln für die Brotbereitung.

Bei der eingeschränkten Kartoffeltrocknung steht bestimmt zu erwarten, daß auch in den kommenden Monaten den Bäckereien nicht genügend Kartoffelmehl geliefert werden kann. Die Verwendung von Frischkartoffeln bei der Brotbereitung ist daher unvermeidlich.

Die Bäckereien werden hierdurch aufgefordert, ihren Bedarf an Kartoffeln umgehend auf Rathaus I, Zimmer Nr. 16, anzumelden.

Die tatsächliche Verwendung der zugewiesenen Kartoffelmenge zur Brotbereitung wird streng beaufsichtigt.

Herford, den 11. Mai 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 10 der Bundesratsverordnung vom 27. März 1916 (R. G. O. Bl. S. 199) wird vorläufig und bis auf weiteres folgendes bestimmt:

Die Höchstmenge an frischem Fleisch, welche die Schlachter dem einzelnen Einwohner der Stadt Herford in der Woche zuteilen dürfen, darf unter keinen Umständen mehr als 500 Gramm (1 Pfund) für die Einzelperson in der Woche betragen.

Die Abgabe von frischem Fleisch darf nur gegen Vorzeigung der Brotkarte erfolgen.

Der Erlaß weiterer Anordnungen über die Regelung des Fleischverbrauchs bleibt vorbehalten.

Herford, den 11. Mai 1916.

Der Magistrat.
Busse.

Bekanntmachung

Für die Ermittelung und Festnahme der Urheber oder Helfer bei **Brandstiftungen, denen Nahrungs- oder Futtermittel zum Opfer** fallen, werden **Belohnungen** bis zu 1000 ℳ zugesichert.

Minden, den 9. Mai 1916.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung

Die **Maul- und Klauenseuche** unter dem Viehbestande des Kolons Niedervahrenholz in Südspenge ist **erloschen.** Die angeordneten Sperrmaßnahmen werden hierdurch aufgehoben.

Herford, den 12. Mai 1916.

Der Landrat.

Das Photographische Atelier

Wilh. Arnold

befindet sich nicht mehr Bielefelderstr. 11, sondern

nur noch

Brüderstraße 34.

Nähe Herzfeld, gegenüber Gymnasium.

Zum sofortigen Eintritt für fast

2jährigen Eisenbahnbau in Westfalen

werden gesucht:

Schachtmeister

bei einem Wochenlohn von 60 bis 70 Mk.

Lokomotivführer

und

Baggermeister,

gelernte Schlosser, bei einem Wochenlohn von Mk. 60 bis Mk 65 und 14tägiger Kündigung.

Ebenso

Dreher u. Lokomotivschlosser.

Bewerbungen unter Vorlage der Originalzeugnisse durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter H. 3551.

Waldfrieden.

Sonntag morgen, 7½ Uhr

Frühkonzert.

Nutz- und Brennholzverkauf

Stadtforst Bad Salzuflen.

Am **Montag, den 22. Mai** 1916, sollen im **Gasthause „Forsthaus"** bei Salzuflen aus Distrikt Busch und Trift verkauft werden:

1. **Nutzholz: 128 fm eichen Nutzholz, darunter gute Schneidhölzer, 15 fm eichen Grubenholz, 16 fm Buchen-, einige fm Kiefern- u. Fichtenhölzer. Gute Abfuhr. Liste 1 Mk. Schreibgeb.**
2. **Brennholz: 96 rm buchen- u. eichen Klafterholz, 590 rm Reiser- und 56 rm Heisterholz**

Der Brennholzverkauf beginnt morgens 11 Uhr, der Nutzholzverkauf mittags 1 Uhr.

Die Forstverwaltung.
H. Gödecke.

Verein Gemüse- u. Obstmarkt

Arndtstr. 6.

Es traf bei uns eine Ladung schweizerische

Marmelade

ein, welche ihres hohen Zuckergehaltes wegen sich vorzüglich zum Mischen mit Rhabarber eignet. — Wunschgemäß besorgen wir das Einkochen.

Verein Gemüse- und Obstmarkt

Arndtstr. 6.

Wir erhalten eine Ladung frischer

Holländischer Land-Eier

welche auch in größeren Mengen an Wiederverkäufer, Bäcker, Konditoren usw. abgegeben werden können. —

Holl. Gemüse,

als **Blumenkohl, Möhren und Gurken,** sowie frischer **Spargel, Rhabarber** ist jetzt stets vorrätig.

Täglich frischen

Spargel

empfiehlt

A. Malachewitz jr.

Schlosserstr. 14.

Ein älteres

Arbeitspferd

billig zu verkaufen.

Th. Menke, Eickum Nr. 4.

Säcke.

Kaufe jeden Posten Säcke, auch zerrissene, zu den höchsten Tagespreisen; nehme auch Säcke z. Flicken an. Kaufe auch Zementsäcke.

I. H. Tönsjost,

Jahnp-Löhrstr.-Ecke und Goltzstr. 2.

Fernsprecher 415.

Säcke.

Kaufe jeden Posten Säcke, große und kleine, auch zerrissene, zu höchstem Tagespreis; nehme auch Säcke zum Flicken an.

Wilhelm Hilmert,

Sackhandlung und Sackflickerei, Johannisstr. 19.

Suche

einen Ausschieber, zweiten Brenner, zweiten Ofensetzer

und

Leute für die 2. Presse.

Wilhelm Budde,

Ziegelmeister,

Klüppersteg bei Köln.

Tüchtige

Maschinenarbeiter

finden dauernde Beschäftigung bei der

Steinheimer-Möbelfab.

G. m. b. H.

Steinheim i. W.

Welcher Tischlermeister kann noch Arbeit übernehmen?

Schriftl. Angebote unter Nr. 3663 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Suche für zuverlässigen jungen

Kaufmann,

der bei mir gelernt hat und noch in Stellung ist, Anstellung auf Comptoir oder Lager.

Herforder Leinenverein
Wilh. Menckhoff.

Zum 1. Juni gesucht zwei gut

möbl. Zimmer

(Wohn- und Schlafzimmer) mit Küche für Ehepaar.

Angaben baldigst an

Oberleutnant Braun, Porta i. W.